

Landtag Aktuell

15. Ausgabe

Düsseldorf, 08.04.2011



Gregor Golland

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Parteitaktisches Handeln des Landesarbeitsministers zu Lasten unseres Kreises

Die CDU im Rhein-Erft-Kreis ist entsetzt und enttäuscht über das parteitaktische Handeln des SPD-Landesarbeitsministers. Dieser verwehrt dem Kreis die Möglichkeit, eine sogenannte Optionskommune zu werden. Eine Optionskommune kann die Betreuung und Vermittlung der Arbeitslosen unabhängig von der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit alleine und selbstständig vor Ort organisieren und ist damit näher an den Menschen und den Unternehmen.

In einem Schreiben an die Bundesregierung hat Ex-DGB-Landeschef und Minister Schneider den Rhein-Erft-Kreis in einer Auflistung auf Platz 13 (von 15) verwiesen. Damit hat die SPD dafür gesorgt, dass der Kreis sehr wahrscheinlich keinen Zuschlag erhalten wird.

Der Rhein-Erft-Kreis ist dank der CDU/FDP-Koalition schuldenfrei und wirtschaftlich stark aufgestellt. Noch im Oktober 2010 wurde den optionswilligen Kommunen bei einem Arbeitstreffen im Ministerium mitgeteilt, dass das wichtigste Kriterium für einen Zuschlag die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sein soll. Es kann keine Zweifel geben, dass der Kreis wirtschaftlich in der Lage wäre, für die Grundsicherung von rund 37.000 Menschen effektiv und in Eigenregie zu sorgen.

Unser Ziel ist die Reduzierung der Arbeitslosenzahl im Kreisgebiet auf 5 bis 6%. Als Optionskommune hätten wir dieses Ziel sicherlich erreichen können, doch dies will die SPD-Spitze im Kreis nicht. Bei der Abstimmung im Kreistag hatten SPD und Linke diese boykottiert und geschlossen den Saal verlassen. Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für das Modell der Optionskommune wurde dennoch erreicht.

In einer unmissverständlichen Anfrage an den Landesarbeitsminister will ich nun wissen, ob die Menschen an Rhein und Erft dafür bestraft werden, mehrheitlich nicht die SPD gewählt zu haben. Zudem frage ich, in welcher Weise der SPD-Kreisvorsitzende seine Finger im Spiel hat. Dieser hat erst kürzlich einen hochdotierten Job beim Innenminister erhalten.

Die Kleine Anfrage finden Sie hier: <http://kurzlink.de/GGkIAOptioKommune>

Vermisste Brennelemente: Wer zählen kann, ist klar im Vorteil

Momentan herrscht mal wieder Verwirrung in der rot-grünen Landesregierung: Diesmal wegen 2.285 radioaktiver Brennelementkugeln aus dem stillgelegten Forschungsreaktor Jülich.

Ein grüner Abgeordneter hatte sich in einer Kleinen Anfrage nach den Brennelementen erkundigt und prompt vermisste die Landesregierung eine ungeheure Menge radioaktiven Abfalls. Natürlich schlachtete die Landesregierung dieses direkt und ungeprüft medial aus. Vermutungen und wilde Spekulationen machten die Runde, die Brennelemente könnten illegal ins Zwischenlager Asse geschafft worden sein.

Dieser Aktionismus rächt sich nun. Denn die Brennelemente sind dort wo sie hingehören: In Jülich. Als Depp steht jetzt der verantwortliche Landeswirtschaftsminister Harry K. Voigtsberger da. Er musste diese Woche beim Rapport in Berlin bei Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen einräumen, dass man wohl etwas vorschnell Alarm geschlagen hat.

CDU bringt eigene Eckpunkte in Haushaltsdebatte ein

Die Aufgabe der Opposition ist es, der Regierung kritisch auf die Finger zu schauen. Wenn diese nun dazu verurteilt wird, ihren Haushaltsentwurf zu korrigieren, hat das eine neue Qualität. Die CDU sieht sich in der Verantwortung und hat nun ein eigenes Eckpunktepapier vorgelegt. Dieses entspricht den Vorgaben der Verfassung und des Gerichtes. Es ist möglich einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen. Man muss es nur wollen.

Das Eckpunktepapier und den Antrag der CDU Fraktion zum Haushalt 2011 finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://kurzlink.de/ggEckpunkteHaushalt>